



Schweiz. Städteverband
Monbijoustrasse 8
Postfach
3001 Bern

per Email info@staedteverband.ch

Zürich, 11. Mai 2021

Ausführungsbestimmungen zur Nutzung des Einreise- und Ausreisystems (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Amstutz

Im Namen der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD danken wir Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an der eingangs erwähnten Vernehmlassung.

Aus Sicht der KSSD kann die Vorlage begrüsst werden.

Die Modernisierung sowie die qualitativen Verbesserungen unterstützen effiziente Einreise-, aber auch Aufenthaltskontrollen. Abklärungen bezüglich Einreisedatum, Einreisort und dem Ausreisedatum bzw. Ausreiseort erfolgen nicht mehr auf Grund der Sichtvermerke im Reisepass. So kann auch bei Verlust eines Passes trotzdem z.B. die vorgängig erfolgte reguläre Einreise belegt werden. Ein Fortschritt bringt das System auch hinsichtlich der Erfassung von Personen, die sich bereits in der Schweiz aufhalten und bei denen sich nach Ablauf einer Aufenthaltsbewilligung oder eines nationalen Visums ein Kurzaufenthalt anschliesst.

Wir erachten es im Sinne einer effizienten Aufgabenerfüllung für richtig und wichtig, dass Polizeibehörden, die nicht an der Aussengrenze tätig sind, bei Inlandkontrollen ebenfalls Zugriff auf die erfassten Daten im Ein- und Ausreisystem (Entry/Exit-System, EES) haben, um illegale Aufenthalte zu erkennen.

Interessant ist die Möglichkeit, eine Liste mit sogenannten «Aufenthaltsüberziehern» zu erstellen. Hier sollte in Betracht gezogen werden, diese Liste den zuständigen kantonalen Migrationsämtern zugänglich zu machen. Diese Behörden könnten dann die Polizei fallweise damit beauftragen, die sich in ihrem Zuständigkeitsgebiet illegal aufhaltenden Personen aktiv zu suchen. Bei einer Missachtung der Aufenthaltsdauer von 90 Tagen handelt es sich gemäss Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) um ein Vergehen.



Insgesamt erachten wir die zu erwartenden finanziellen Aufwendungen als notwendig und angemessen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren

Co-Präsidentin

Sonja Lüthi
Direktion Soziales und Sicherheit St. Gallen

Co-Präsident

Martin Merki
Sozial- und Sicherheitsdirektion Luzern

- Kopie:
- Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt
 - Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie der Stadt Bern
 - Direction de la sécurité et de l'économie Lausanne
 - Dicastero Sicurezza e Spazi urbani della Città di Lugano
 - Sozial- und Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern
 - Direktion Soziales und Sicherheit der Stadt St. Gallen
 - Departement Sicherheit und Umwelt der Stadt Winterthur
 - Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich
 - Schweizerische Vereinigung Städtischer Polizeichefs SVSP
 - Städtevereinigung der Schutz- und Rettungsorganisationen